

# „Abi für alle ist nicht das Ziel“

RP 07.07.2015

Politik trifft Schule: Der Ludwigshafener SEB-Club, die Vereinigung der Elternsprecher der sechs Gymnasien, hat mit den bildungspolitischen Sprecherinnen der SPD-, CDU- und Grünen-Landtagsfraktion über mehr Selbstverantwortung an Schulen, Unterrichtsversorgung, Ausstattung und die Zukunft des Abiturs diskutiert.

VON ANETTE KONRAD

Es ging um Schule heute und Visionen, wie Schule zukünftig aussehen könnte. In einer intensiven Diskussion tauschten sich die Elternvertreter aller sechs Ludwigshafener Gymnasien mit den bildungspolitischen Sprecherinnen der im Mainzer Landtag vertretenen Fraktionen: Bettina Brück (SPD), Bettina Dickes (CDU) und Ruth Ratter (Bündnis 90/Die Grünen) aus und gaben den Politikerinnen dabei viele Erfahrungen aus dem Schulalltag mit auf den Weg.

Zunächst diskutierte die Runde, die von RHEINPFALZ-Redakteurin Christiane Vopat moderiert wurde, über Vor- und Nachteile des Schulversuchs „Selbstverantwortliche Schule“, der derzeit an acht Schulen anläuft, darunter auch dem Ludwigshafener Geschwister-Scholl-Gymnasium (GSG). Ruth Ratter, selbst Gymnasiallehrerin und – wie sie sagt – „bekennende Vertreterin der autonomen Schule“ und Bettina Brück erläuterten das Projekt, das den Schulen die eigenständige Einstellung und den Einsatz von Lehrkräften ermöglicht. Auch in der Gestaltung ihres pädagogischen Konzepts sind die Projektschulen freier und können etwa Noten mit Lernfortschrittsberichten ergänzen oder auf das Sitzenbleiben verzichten. Angestrebt wird eine 100-prozentige Versorgung mit Lehrerstellen, zusätzlich werden die Schulen durch Verwaltungskräfte unterstützt.

Der Unterrichtsausfall ist aus Elternsicht viel zu hoch. Vertretungslehrer fehlen.

Die CDU lehnt den Schulversuch dagegen ab, wie Bettina Dickes erklärte. Ihre Fraktion fordert „eine 100-prozentige Unterrichtsversorgung plus x“, um den Schulen die Möglichkeit zu geben, nach ihren Bedürfnissen weitere Kräfte wie Sozialarbeiter oder Muttersprachler einzubinden. Pädagogische Freiheit müsse mit einem klaren, verbindlichen Lehrplan einhergehen, der einen Schulwechsel ermögliche. „Unsere Priorität ist die Unterrichtsversorgung“, betonte die CDU-Politikerin.

Die Elternvertreter thematisierten auch viele kleinere Ärgernisse im Schulalltag wie etwa den häufigen Lehrerwechsel, bedingt auch durch absehbare Pensionierungen, Krankheiten oder Elternzeiten. Ruth Ratter



Das Ludwigshafener Geschwister-Scholl-Gymnasium in Süd nimmt derzeit an dem landesweiten Modellversuch „Selbstverantwortliche Schule“ teil. Die CDU im Mainzer Landtag lehnt den Schulversuch ab. FOTO: PRIVAT

konnte die Eltern zumindest mit Blick auf die Pensionierungen beruhigen: Diese erfolgen zukünftig nur noch zum Schuljahresende. Und Bettina Brück wies auf den landesweiten Vertretungspool mit 800 Planstellen hin, der bis 2016 auf 1000 Stellen für alle Schularten aufgestockt werden soll. Bei der Schulbuchausleihe beklagten die Eltern, dass diese immer noch nicht reibungslos funktioniere.

Die Elternvertreter erhielten auf ihre Fragen zur Ausstattung der Schulen mehrfach den Hinweis auf die Zuständigkeit des Schulträgers, der allerdings im Falle Ludwigshafen ein äußerst finanzschwacher ist. Eine seriöse Bildungspolitik sollte nach Ansicht der Elternvertreter die finanziellen Verhältnisse der Schulträger bei Mittelzuweisung und Förderquoten besser berücksichtigen.

Ein weiteres wichtiges Thema: der Unterrichtsausfall. Laut Bettina Brück sei die Unterrichtsversorgung in diesem Jahr so gut wie lange nicht mehr. Dem widersprachen die Elternvertreter mit konkreten Beispielen aus dem

Schulalltag ihrer Kinder energisch. „Wir wünschen uns einen viel schnelleren Einsatz von Vertretungslehrern“, lautete die Botschaft der Eltern. Ob es zukünftig nur noch E-Books als Schulbücher geben wird, die Schüler in Tablet-Klassen lernen und ihr privates Smartphone im Unterricht einsetzen oder – im Gegenteil – ein Handy-Verbot an den Schulen herrschen soll, darüber waren sich die Teilnehmer nicht einig.

Fest steht: Ideen für die Schule der Zukunft gibt es viele. Die Frage ist, wie lassen diese sich umsetzen, gerade mit Blick auf die Finanzen und die teilweise nicht vorhandene Qualifizierung bei den Lehrern. „Wie bekommen wir zukünftig mehr Medienkompetenzen bei Lehrkräften, Schülern und Eltern in die Schulen?“, brachte es Bettina Brück auf den Punkt. Wichtig sei dabei die Rechtssicherheit für die Schulen.

Konkreter sind die Änderungen beim Abitur: Erstmals wird 2017 ein Teil der Prüfungsfragen aus einem zentralen Aufgabenpool für alle Bun-

desländer kommen. „Ein Schritt hin zu mehr Einheitlichkeit“, erklärte Bettina Brück. Ruth Ratter wies darauf hin, dass es nur in den Fremdsprachen auch neue Aufgabenformate geben werde. Bettina Dickes hingegen sieht eine Entwertung des Abiturs in Rheinland-Pfalz: „Das Abi für alle kann nicht unser Ziel sein“, hob sie hervor und sprach sich klar für eine Elitenbildung aus. Immer wieder wiesen die Elternvertreter auf die vergleichsweise bessere Ausstattung der Integrierten Gesamtschulen (IGS) hin. Sie befürchten ein „Ausbluten“ der Schulform Gymnasium. Auch Bettina Dickes sieht eine Bevorzugung der Schulart IGS, die sich zudem als einzige Schulform ihre Schüler selbst aussuchen dürfe.

„Selbstverständlich hat das Gymnasium eine Zukunft“, entgegnete die bildungspolitische Sprecherin der SPD. Ruth Ratter erklärte, das Gymnasium müsse lernen, der Heterogenität der Kinder mit individuellen Förderplänen und ausgleichenden Maßnahmen zu begegnen.